



Jahresbericht 2014





Gründung

Am 14. März 2012 unterschrieben drei Personen das Proponentenpapier zur Gründung des Vereines „**knack:punkt – Selbstbestimmt Leben Salzburg**“ – die Geburtsstunde war eingeläutet.

Am **18. April 2012** durfte dann seitens der Vereinsbehörde die Vereinstätigkeit aufgenommen werden und gilt somit als offizielle Geburtsstunde von „**knack:punkt – Selbstbestimmt Leben Salzburg**“.

Diesem wichtigen Schritt ging eine fast einjährige Arbeitsphase voraus, in der in vielen Treffen teilweise äußerst heftig diskutiert wurde.

Die Statuten mussten formuliert, die Vorstandsmitglieder gewählt und die RechnungsprüferInnen gesucht werden.

Nachfolgend jene Personen, die am Werdungsprozess beteiligt waren und sich intensiv an den Arbeitsgruppen vor der Gründung beteiligt haben (in alphabetischer Reihenfolge):

Mag. Manfred FISCHER, Jasmin GOLIC, Elisabeth LOSBICHLER Bakk. Komm., Teresa LUGSTEIN, DSA Andrea MIELKE, Manfred PLANK, Mag^a Gabriele PÖHACKER, Martin REISENBICHLER, Mag^a (FH) Monika E. SCHMEROLD, Sonja STADLER, Robert STADLER, Mag^a Christine STEGER, Gabriele WEISSENBÄCK, Karin WESTREICHER, Mag. Thomas WILFLINGSIEDER

Der Vorstand im Jahr 2014:

Obfrau: Monika Schmerold

Schriftführerin: Elisabeth Losbichler

Kassier: Jasmin Golic

Beratendes Vorstandsmitglied: Erich Girlek

Alle hier angeführten Personen arbeiteten durchgehend ehrenamtlich.



Mitgliederstand zum 31.12.2014:

39 Mitglieder

Ordentliche Mitglieder: 29

Außerordentliche Mitglieder: 8

Unterstützende Mitglieder: 2

Generalversammlung mit Vorstandswahl

Am 11.4.2014 fand die jährlich stattfindende Generalversammlung statt. Zehn Personen nahmen daran teil. Der Vorstand wurde in der Wahl für weitere zwei Jahre bestätigt.



Bei den RechnungsprüferInnen wurde Michael Hanl bestätigt. Stefanie Hintzsche schied als Rechnungsprüferin aus und wurde durch Alexander Lindner nachbesetzt.

Vorstandssitzungen

2014 kam der Vorstand an folgenden zehn Terminen (durchschnittliche Dauer 2,5 Stunden) im Büro in der Alpenstraße zusammen:

15. Jänner 2014, 05. Februar 2014, 12. März 2014, 26. Mai 2014, 23. Juni 2014, 30. Juli 2014, 25. August 2014, 01. Oktober 2014, 28. Oktober 2014, 15. Dezember 2014

Viele wichtige Themen wurden besprochen.

Beratungen

Die Obfrau führte 2014 elf Beratungsgespräche, teils mit Betroffenen, teils mit Angehörigen. Die Beratungen erfolgten persönlich, telefonisch und per Email. Die Themen waren Ausbildung, Arbeit, Belastungszustände von Angehörigen, Persönliche Assistenz, Hilfsmittelversorgung und fehlende soziale Kontakte. Bei einigen Anfragen ging es um mehrere Themen. Die meisten Kontakte bestanden aus mehreren Gesprächen oder Emails. Mehrere benötigen eine längere Begleitung bzw. Unterstützung.

Projekt: Barrierefreier Chiemseehof bzw. Landtag

Nach weiteren vier, teilweise wetterbedingt sehr frostigen, Kundgebungen zur fehlenden Barrierefreiheit im Chiemseehof (05.02.2014, 26.03.2014, 30.04.2014, 04.06.2014) wurde die Obfrau von Knackpunkt als Expertin zum Sozialausschuss am 17.09.2014 geladen.

Im Vorfeld organisierte knack:punkt einen Sensibilisierungstermin für Abgeordnete des Landtags. Teilgenommen haben: Brigitta Pallauf (ÖVP), Daniela Gutsch (ÖVP), Kimbie Humer-Vogl (GRÜNE), Ingrid Riezler (SPÖ), Walter Steidl (SPÖ), Gabriele Fürhapter (TSS).



Es ging mit Rollstühlen, Sehbehindertenbrillen und Ohrstöpseln zum Mönchsbergaufzug. Dort wurde der Treppenlift probiert. Vier RollstuhlnutzerInnen benötigten insgesamt 11 (!) Minuten um rund 15 Stufen in eine Richtung zu überwinden.



Trotz erfolgter Sensibilisierung, guten Argumenten (zB eine Aufzugsanlage steht einer größeren NutzerInnengruppe zur Verfügung) und trotz der bereits erfolgten Genehmigung der Baupläne einer Aufzugsanlage, ergab die Abstimmung, dass ein Treppenlift montiert wird. Die Landtagspräsidentin wies mehrfach darauf hin, dass es sich nur um eine Übergangslösung handelt und der Treppenlift danach wo anders eingebaut werden kann.

Zu beachten sei die Abstimmung:

Pro Aufzug: SPÖ, FPÖ

Pro Treppenlift: ÖVP, Grüne, TSS

Knackpunkt sieht hier nur einen Teilerfolg der Forderungen des Vereins.

Knackpunkt Homepage

Bis zum 31.12.2014 gab es auf der Homepage gesamt bereits 16.924 Zugriffe.

Knackpunkt auf Facebook

Zum 31.12.2014 verzeichneten wir 241 Personen, die unsere Facebook-Seite abonniert hatten. Das größte Interesse erreichte 2014 der Beitrag „Die Getreidegasse soll barrierefrei werden“. 1364 Personen haben ihn angeklickt. Hier der Inhalt des Links:

Getreidegasse soll barrierefrei werden

Die Getreidegasse in der Salzburger Altstadt, die ab dem Jahr 2015 saniert wird, soll barrierefrei werden. Diesmal will die Stadt Salzburg aktiv sein, damit auch die Geschäfte an der Touristenmeile ihre Eingänge hindernisfrei machen.

Bei der Neupflasterung der Linzergasse in der Rechten Altstadt hatte es ja Kritik gehagelt, weil viele Geschäftslokale weiter für Rollstühle nicht zugänglich sind. Jetzt gelobt die Stadt Besserung.

Ab Februar 2015 eine Großbaustelle

Ab Februar 2015 wird die Getreidegasse Stück für Stück zur Großbaustelle: Zuerst werden der Kanal, die Fernwärme und die Wasserleitungen erneuert, dann wird ein neuer Straßenbelag aus Granit verlegt. Dieser Belag soll keine Hindernisse für Rollstuhlfahrer, Kinderwagen oder ältere Menschen mit Rollatoren mehr bieten. Das Straßenpflaster ist allerdings nur ein Teil der Problems: In der Linzergasse in der rechten Altstadt sind mit der Neugestaltung der Gasse die Türschwellen zu den Geschäftseingängen nicht verschwunden - heftige Kritik war die Folge.

Padutsch: „Kein zweiter Fall wie Linzergasse“

Bei der Sanierung der Getreidegasse soll das besser werden, verspricht Planungsstadtrat Johann Padutsch (Bürgerliste). „Der wesentliche Unterschied zur Vorgangsweise in der Linzergasse ist der, dass Barrierefreiheit auch für die Privathäuser und Geschäfte im Fall der Getreidegasse von Anfang an thematisiert wird und auch verschiedene Angebote gesetzt werden, damit der eine oder andere Geschäftsmann den jeweiligen Zugang barrierefrei macht.“



Bildquelle: ORF



Die Getreidegasse wird kein zweiter Fall Linzergasse, versichert Johann Padutsch

Denn auch Denkmalschutz ist keine Ausrede: Der sei kein Hindernis für einen barrierefreie Neugestaltung im Haus, betont das Denkmalamt.

Es zeigt sich, dass Barrierefreiheit in Salzburg eine wichtige Forderung ist, die viele Menschen interessiert.

Projekt: Menschenkette

Für 22. Oktober 2014 wurde eine Aktion auf dem Residenzplatz geplant. Eine Menschenkette sollte auf die Situation von Menschen mit Behinderungen aufmerksam machen.

Bundesbehindertenanwalt Dr. Erwin Buchinger hatte seine Teilnahme bereits zugesagt. Tafeln und Banner wurden bestellt. Megafone und Unterstützung durch die ÖH organisiert.

Leider musste die Veranstaltung dann kurzfristig aufgrund einer Sturmwarnung abgesagt werden. Knackpunkt wird die Veranstaltung in 2015 neu organisieren und durchführen.

Verlust

Im Juli musste die Selbstbestimmt-Leben-Bewegung in Österreich sich von Gerhard WALTER verabschieden. Er hat den Kampf mit seiner Krankheit verloren.

Gerhard WALTER war „ein langjährig engagierter Gemeindepolitiker, ein überzeugter Kämpfer für Gerechtigkeit, ein humorvoller und verantwortungsvoller Vater, Ehemann und Arbeitskollege, ein selbstbestimmter Visionär und ein hochbegabter Fachmann in der Sozialarbeit – viele Jahre bei „Selbstbestimmt Leben“ beschäftigt“ (Hermann Weratschnig, Facebook Juli 2014).

Leider konnte er den barrierefreien Umbau des Bahnhofes Schwaz, wofür er so lange intensiv gekämpft hat, nicht mehr erleben.

Ruhe in Frieden.

Einen Aufreger gab es am 11.11.2014, als Gemeindebundpräsident Mödlhammer mit Aussagen zur Barrierefreiheit viele Betroffene vor den Kopf gestoßen hat.

Daraufhin luden ÖZIV Salzburg und Knackpunkt Gemeindebundpräsident Mödlhammer sowie Betroffene am 3. Dezember 2014 zu einem gemeinsamen Gespräch. Auch die Medien waren geladen.

Das Gespräch war konstruktiv und es schien, als ob M. verstehe, dass seine Aussagen menschenrechtlich nicht tragbar sind.

Am Ende des Gespräch allerdings die Ernüchterung. M. meinte, dass er „das Gesagte zurücknehme, das aber nicht heißt, dass er seine Meinung geändert habe.“

Hier der Artikel aus den Salzburger Nachrichten:

Salzburg ist kein Paradies für Rollstuhlfahrer

Von Christian Resch | 11.11.2014 - 11:23

Ein barrierefreies Salzburg? Das wäre in gut einem Jahr Pflicht. Doch schon jetzt ist klar: Volle Rechte für Behinderte werden kaum finanzierbar sein.



BILD: SN/WIENERROITHER

Im Schloss Mirabell ist die Marmorstiege kein Hindernis mehr: Für Rollstuhlfahrer gibt es einen Lift.

Irgendwann 2015 wird es so weit sein. Nach Jahren der Planung, des Hin und Her und des Feilschens um Kosten wird ein Treppenlift die breite Marmorstiege im Chiemseehof hinaufsurren. Und das politische Zentrum Salzburgs, der Landtagssitzungssaal, wird auch für Rollstuhlfahrer zugänglich sein.

Für behinderte Menschen sieht die Zukunft in Salzburg rosig aus. Zumindest auf dem Papier. Denn ab 1. Jänner 2016 muss jedes öffentliche Gebäude behindertengerecht sein. Behindertengerecht, das heißt: rollstuhltauglich, mit Leitsystemen für Sehbehinderte, mit induktiven Hörschleifen für Hörbehinderte. Lifte oder Rampen sind selbstverständlich, und zwar vom Keller bis unter das Dach. Gelten muss das nicht nur für Ämter, Theater oder Landesschulen, sondern auch für alle Apotheken, Supermärkte und Kaffeehäuser. Kurz: für jedes Gebäude, das öffentlich zugänglich ist.

Kein Vorzeigeland für Behindertenrechte

Die Realität wird aber eine andere sein, da sind sich jetzt schon alle Betroffenen einig: Auch in dreizehneinhalb Monaten wird Salzburg noch kein Vorzeigeland für Behindertenrechte sein. Denn viele Umbauten wären extrem teuer - und gerade im häufig denkmalgeschützten Salzburg schlicht nicht erlaubt. "Die gesamte Richtlinie wird man nie zur Gänze umsetzen können", sagt etwa Landesfinanzreferent Christian Stöckl (ÖVP). Man müsse "mit Maß und Ziel und Hausverstand" vorgehen. "Vor allem alte Gebäude, die denkmalgeschützt sind, müssten ja völlig ausgehöhlt werden".

Jedoch bemühe man sich, sagt Stöckl. Und erhält Assistenz von Baulandesrat Hans Mayr (ÖVP). Auch er sagt das "ernsthafte Bemühen" des Landes zu. Gemeindebundpräsident Helmut Mödlhammer (ÖVP) spricht zwar auch von einem "wichtigen Thema". Aber: "Alle Schulen, alle Kindergärten, alle Feuerwehrhäuser. Das wird in einem Jahr nicht möglich sein. Und auch darüber hinaus wahrscheinlich nicht."

Mödlhammer sähe gern, dass das Bundesgesetz verändert wird - und die Möglichkeit eingeräumt wird, "nach Prioritäten" vorzugehen. Also zuerst Meldeämter, Wahlbehörden und Servicestellen barrierefrei zu gestalten, andere Immobilien aber hintanzustellen. Und: "Wenn irgendwo zwei Stufen sind, wird es vielleicht sinnvoller sein, einen Rollstuhl da raufzutragen, statt für 500.000 Euro einen Aufzug einzubauen."

In Mirabell gibt es jetzt auch eine Rampe

Relativ weit ist man in der Landeshauptstadt. Jüngste Errungenschaft: Im Schloss Mirabell gibt es jetzt nicht nur einen Lift. Sondern auch eine Rampe, die endlich den Vorgaben des Denkmalschutzes entspricht. Und nun ist sogar der letzte "Schandfleck" beseitigt und die Personalabteilung des Magistrats ist rollstuhltauglich. "Etwa 80 Prozent der öffentlichen Gebäude sind barrierefrei", sagt Behindertenbeauftragte Sabine Neusüß. Werden es Ende 2015 hundert Prozent sein? "Definitiv Nein. Das werden wir kaum schaffen."



Die Stadt selbst sei auf einem guten Weg. Neusüß glaubt aber, dass Anfang 2015 der überwältigende Großteil aller Gebäude im Land nicht dem Standard "barrierefrei" entsprechen werde. "Dabei dauert die Übergangsfrist jetzt schon zehn Jahre. Ich halte auch von dem Kostenargument nichts. Wenn man etwas saniert, muss man das gleich mitplanen. Dann ist es auch nicht so teuer."

Franz Hirnsperger, Chefjurist der Wirtschaftskammer, will eine "große Kampagne fahren", um die Unternehmer zu informieren. Sodass, im Idealfall, eklatante Gesetzesbrüche vermieden werden. Immerhin: Wo es "sehr schwierig und sehr teuer" werde, sehe das Gesetz eine gewisse Kulanz vor. Etwa dass auch eine Türklingel für Rollstuhlfahrer Ersatz für eine Rampe sein könne. Und was passiert, wenn die Barrieren bleiben? Dann muss ein Betroffener mit dem konkreten Fall vor ein Schiedsgericht ziehen. Und Recht bekommen. Dann setzt es eine Strafzahlung für den Immobilienbesitzer.

Bewusstseinsbildung durch Aufklärung

Knackpunkt versucht laufend durch Stellungnahmen oder Reaktionen per Email auf Zeitungsartikel oder Aussagen zum Thema Behinderung zu reagieren und Menschen damit zum Nachdenken anzuregen. Ziel ist das Umdenken zu einer inklusiven Gesellschaft. Sie bildet das Grundgerüst für die Inklusion von Menschen mit Behinderung.

Nachfolgend ein paar Beispiele:



SN 04.01.14 Seite 33



Vollansicht



Von: knackpunkt Salzburg

05.01.2014 um 19:38 Uhr

VCF addressbook Mehr Speicherplatz für Anhänge

Sehr geehrter Herr Chefredakteur Perterer,

in genannter Ausgabe und auf angegebener Seite war unter der Headline "Kein Neujahr ohne einige Neuerungen" unter anderem zu lesen, dass es den Ausweis §29b nun nicht mehr gibt (2. Spalte, Zeile 8f).

Diese Aussage ist schlichtweg falsch und für viele LeserInnen mit Sicherheit irreführend. Der **orange Behindertenpasse berechtigt in keinem Fall** zum Parken auf barrierefreien Parkplätzen. Hierzu berechtigt **ausschließlich der blaue Ausweis nach §29b**, der europaweit gültig ist. Bitte lesen Sie selbst nach: http://www.bundessozialamt.gv.at/basb/Behindertenpass_&_Ausweis_gem._29b_StVO_%28Parkausweis%29/Parkausweis

Ich bitte Sie daher um einen gut erkennbaren Korrekturhinweis an prominenter Stelle in Ihrer nächsten Samstagsausgabe.

Danke im Voraus und knackige Grüße,

Mag.a (FH) Monika E. Schmerold
Obfrau

Sachverständige für bauliche und gestalterische Barrierefreiheit

knack:punkt - Selbstbestimmt Leben Salzburg
Alpenstraße 48 * 5020 Salzburg
ZVR 4893055010 * SPARDA BANK
IBAN AT66 4946 0398 5909 0000 * BIC SPDAAT21
www.knackpunkt-salzburg.at



Barrierefreie Parkplätze



Vollansicht

Von: knackpunkt Salzburg

23.05.2014 um 17:45 Uhr

JPG IMG_20140503...

VCF addressbook

Mehr Speicherplatz für Anhänge

Sehr geehrter Herr Diplomingenieur Riezinger,

durch meine Beratungen über den Verein und auch als Betroffene ist es mir ein Bedürfnis Ihnen dieses Feedback zu geben, da ich immer wieder Beschwerden diesbezüglich zu hören bekomme.

Menschen mit Behinderung, die über einen §29b-Ausweis verfügen, dürfen auf das Gelände der Landeskliniken einfahren und kostenfrei wieder ausfahren. Das Einfahren ist kein Problem, aber dann wird es schon schwierig. Wenige barrierefreie Parkplätze und dann werden diese auch noch von unberechtigt Parkenden verstellt. Ein barrierefreier Parkplatz stellt kein Privileg dar, vielmehr ist es eine Notwendigkeit für jene, die erstens keine weiteren Strecken zu Fuß zurücklegen können und zweitens für RollstuhlfahrerInnen, die auf die Breite des Parkplatzes beim Aussteigen zwingend angewiesen sind.

Eine Möglichkeit die ich Ihnen anrate ist, die besagten Plätze vollflächig blau auszuführen, so dass auch beim widerrechtlichen Verstellen der psychologische und sozial unerwünschte Aspekt des Unrechtmäßigen sichtbar bleibt und nicht einfach die Bodenmarkierung mit Draufstellen verdeckt wird. Möglich wäre auch eine zusätzlich auffällige Markierung außerhalb des Parkplatzes - Beispielfoto anbei.

Desweiteren wurde mir berichtet und das deckt sich auch mit meinen Erfahrungen, führt das Portierpersonal keine Kontrolle der ausfahrenden Personen mit Ausweis durch. So sind dem Mißbrauch Tür und Tor geöffnet, da es ein leichtes ist, auf die Parkkarte eine Ausweisnummer einzutragen und dann beim Portier abzugeben. Oder einfach den Ausweis einer berechtigten Person (Oma, Opa, etc.) zu verwenden. Es sollte doch auch in Ihrem Interesse sein, dass hier keine Gebührenverschleppung erfolgt. Es muss doch überprüfbar sein, ob die Person selbst oder eine gebrachte Person an dem jeweiligen Tag im LKH einen Termin hatte oder dort versorgt wurde.

Ich hatte zudem jedesmal das Gefühl, dass das Personal mehr am eingeschalteten Fernsehgerät oder am aktuell geführten Handytelefonat interessiert war als an dem, was sich dienstmäßig vor ihren Augen abspielte. Selten wurde zudem bei Abgabe der Parkkarte ein notwendiges Maß an Höflichkeit zu Tage gebracht - meistens wurde nicht mal hergeschaut. Ich denke es ist legitim in diesem Bereich die SALK ebenso als Dienstleister zu sehen.

Ich bitte Sie daher sich dafür einzusetzen, dass künftig darauf geachtet wird, dass nur Berechtigte auf den barrierefreien Parkplätzen parken.

Ich freue mich auf Ihre Rückantwort.

Knackige Grüße,
Mag.a (FH) Monika E. Schmerold
Obfrau



Fw: Salzburg Heute 3.6.2014



Vollansicht



Von: knackpunkt Salzburg +

03.06.2014 um 20:27 Uhr

VCF addressbook x

VCF addressbook x

Mehr Speicherplatz für Anhänge

Guten Tag Frau Schaidreiter,

im Beitrag "Zu viele Dicke" verwenden Sie den Ausdruck "an den Rollstuhl gefesselt".

Diesen Ausdruck empfinden Menschen mit Behinderung als diskriminierend und die Verwendung bedeutet ein absolutes No-Go. Mit einer derartigen Bezeichnung werden Menschen auf ihre Behinderung reduziert.

Aus dem Buch der Begriffe. Dieses Buch ist allerdings stellenweise bereits überholt, weil 11 Jahre alt. Aber bereits 2003 galt:

"Diese Redewendung ist nach wie vor sehr beliebt, vor allem auch in Medienberichten. Rollstuhlfahrer/innen empfinden sie aber als unangebracht, da sie nicht „gefesselt“ sind. Im Gegenteil: Der Rollstuhl bedeutet Mobilität. Hinter dem Wort „Fessel“ verbergen sich Assoziationen zu „Gefängnis“ oder „schreckliches



Schicksal“,
die Ängste und Projektionen bei nichtbehinderten
Menschen aus-
lösen. Durch das Sprachbild werden Menschen nicht nur
auf ihre
Behinderung reduziert, auch eine Einschränkung der
geistigen
Mobilität schwingt bisweilen mit. Stattdessen kann
einfach gesagt
werden: Personen „benutzen einen Rollstuhl“ oder „sind
auf den
Gebrauch eines Rollstuhls angewiesen.“

Menschen im Rollstuhl sind nicht an den Rollstuhl gefesselt - im Gegenteil. Der Rollstuhl bedeutet ein Hilfsmittel, das den Betroffenen die Teilnahme am sozialen Leben (wieder) ermöglicht. Da ich selbst Rollstuhlnutzerin bin, weiß ich wovon ich spreche. Und ich leide auch nicht an meiner Behinderung, sondern ich lebe mein ganz eigenes Leben, wie jeder andere Mensch auch. Einzig meine Herausforderungen weichen von denen anderer ab. Aber auch das zählt zur Individualität und Vielfalt aller Menschen.

Sehen Sie dazu <http://leidmedien.de/journalistische-tipps/begriffe-von-a-bis-z/>

Gerade JournalistInnen aus allen Medien übernehmen mit ihrer Arbeit eine Vorbildwirkung für die Gesellschaft. Darum bitte ich Sie im Namen aller Betroffenen künftig diesen Ausdruck nicht mehr zu verwenden, damit eine derartige Darstellung von Menschen im Rollstuhl endlich Geschichte ist.

Zu Formulierungsfallen gibt es bei manchen Ausbildungslehrgängen Vorträge von einem Journalisten mit Behinderung. Details können beim Österr. Journalisten-Kolleg in Salzburg oder bei manfred.fischer@gmx.at erfragt werden.

Ich hoffe, ich konnte Ihnen vermitteln, worum es mir geht.

Ich freue mich über eine Rückantwort.

Knackige Grüße,
Mag.a (FH) Monika E. Schmerold
Obfrau
Sachverständige für barrierefreies Bauen und Gestalten
Peer-Beraterin



Danke

Das Beste zum Schluss.

Wir bedanken uns ganz herzlich bei unseren Mitgliedern, die uns durch ihre Mitgliedschaft unterstützen. Sie sind unsere wichtigsten Pfeiler, die unseren Verein tragen und weiterführen. Durch eure Rückmeldungen und Anfragen wird uns stets aufs Neue bewusst, wie wichtig die Selbstbestimmung gerade für Menschen mit Behinderung ist.

Danke auch an unsere FördergeberInnen:
Stadt Salzburg – Behindertenbeauftragte
Land Salzburg